

# NIEDERSCHRIFT

## über die Sitzung des Revisionsausschuss

am 29.11.2006

Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz : Stv. Torsten Tollebeek (CDU)**

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 39/06

(Drucksachenband 112)

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 40/06, 41/06

(Drucksachenband 113)

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 44/06, 45/06

(Drucksachenband 114)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

**Beginn: 17:10      Uhr**

**Ende: 20:15      Uhr**

## Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Tagesordnung                      siehe Anlage 3

Veröffentlichung                    siehe Anlage 4

Presseberichterstattung            siehe Anlage 5

### Tagesordnung

#### 0108 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Die für die heutige Sitzung vorgesehene Vorlage 06-V-70-0010 gilt als eingebracht und wird zur Beratung für die Sitzung des Ausschusses am 24.01.2007 vorgesehen, da nach Aussagen von Herrn Wack (Betriebsleiter ELW) keine Eilbedürftigkeit besteht.

einstimmig

#### 0109            **06-A-19-0007** Genehmigung der Niederschrift

Es wird vereinbart, dass die Niederschrift den Ausschussmitgliedern in elektronischer Form zur Verfügung gestellt wird.

einstimmig

#### 0110            **06-V-14-0001** Prüfung der Jahresrechnung 2004

Die Vorlage gilt als eingebracht und wird nach Abschluss der Beratungen in der Prüfgruppe zur Abstimmung gestellt.

einstimmig

#### 0111            **06-A-19-0008** Prüfung der Jahresrechnung - Prüfgruppentätigkeit Für die erste Sitzung der Prüfgruppe werden Mitglieder berufen, Themen zusammengestellt und Termine eingegrenzt. Das Revisionsamt stellt in Aussicht, die Unterlagen zu den einzelnen

### Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Prüfthemen in den nächsten Tagen der Geschäftsstelle zur Verfügung zu stellen, die diese dann an die Ausschussmitglieder weiterleitet.

einstimmig

**0112**      **06-V-04-0013**  
Üpl. Genehmigung von Personalausgaben im Bereich des Dezernates IV für das Rechnungsjahr 2006

Stv. Koch fragt nach, wie denn die hohe Summe von Personalkosten (560.000 €) zu Stande kommen kann.

Frau Kretschmer (Pers. Referentin Prof. Dr. Pös) teilt mit, dass man den Konsolidierungsvorgaben nicht so schnell nachkommen konnte, wie ursprünglich angedacht.  
Ein personalwirtschaftliches Konzept sei erstellt und auch ein längerfristiger Kontrakt ist in Vorbereitung.

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) weist darauf hin, dass die Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung zum Teil auf Personalabbau beruhen, aber dass auch andere Mittel herangezogen wurden. Ein Verzicht auf die Forderungen ist nicht geplant, aber man muss eine zeitliche Spanne einräumen, um die Maßnahmen umsetzen zu können.

Es erfolgt der allgemeine Hinweis, dass das Personal aus Abbaubereichen zentral bei 11 (Personal- und Organisationsamt) betreut wird.

einstimmig

**0113**      **06-V-05-0024**  
Dezentralisierung des Budgets "Leistungsentgelt WIVERTIS"

einstimmig

**0114**      **06-V-20-0021**  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Vors. Tollebeek bittet darum, in der Übersicht zukünftig die Nummerierung wieder einzuführen, um die Übersichtlichkeit zu verbessern.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass die Versorgungslasten umgerechnet werden, d.h., dass Bereiche mit hohem Beamtenanteil auch in der Schlüsselung einen hohen Anteil von Versorgungsaufwendungen zu tragen haben.

einstimmig

**0115**      **06-V-20-0052**  
Investitionscontrolling 3. Quartal 2006

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Herr Schäfer weist darauf hin, dass sich die Zahlen nicht wesentlich verbessert haben zu den vorhergehenden Quartalsberichten.  
Auffällig ist auch, dass immer die gleichen Dezernate betroffen sind von nicht abgebauten Mitteln.

Es wäre sicher an der Zeit, dass sich die Fachausschüsse mit den Mittelabflüssen beschäftigen (Anregung Vors. Tollebeek).

Ein besonderes Augenmerk gilt den Maßnahmen, um den Zustand der Straßen zu verbessern. Es wurde auch hier nur ein geringer Teil der Mittel ausgegeben.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass ab 2007 die Abflüsse und Bewegungen in SAP anders/besser dargestellt werden.

Eine neue Software ist nach Aussagen von Herrn Löber nicht notwendig. Die Fachämter müssen die Ausgaben nur entsprechend erfassen.

einstimmig

**0116**      **06-V-20-0056**  
Quartalsbericht 03/2006 Projekt interR

einstimmig

**0117**      **06-V-20-0057**  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Vors. Tollebeek fragt nach, warum Mittel von Grundschulen in die Bauunterhaltung eingeflossen sind und was die Buchungsstellen 500 und 501 zu bedeuten haben.

Herr Schäfer berichtet, dass die Buchungsstelle 501 kreierte wurde, um die Kosten auf die Ämter zu verlagern. Hier wurden zentrale Mittel für dezentrale Maßnahmen in Anspruch genommen (Reparaturen vor Ort).

einstimmig

**0118**      **06-V-20-0058**  
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

einstimmig

**0119**      **06-V-51-0051**  
Anbindung der Einrichtungen des Amtes für Soziale Arbeit an das städtische IT-Netz

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Reiß fragt nach, wie denn die Einkaufsorganisation bei dem Amt für Soziale Arbeit funktioniert.

Herr Schäfer berichtet davon, dass bisher verschiedene Stellen für die Beschaffung zuständig sind, z.B. beschafft jede KiTa ihr Büromaterial.

Wenn die jetzt geplante Anbindung aller Kitas abgeschlossen ist, sind alle städt. Stellen an die zentralen Einkaufsmöglichkeiten angeschlossen.

Stv. Klüssendorf fragt nach einem möglichen Mengencontrolling.

Dies regelt nach Aussagen von Herrn Schäfer das vorhandene Budget.

einstimmig

### **0120 06-V-66-0319** Erweiterung der Software ARRIBA auf weitere Ämter

Stv. Gretz-Roth fragt nach, warum die neue Software überhaupt notwendig ist.

Herr Schneider (Dezernat IV) teilt mit, dass das Tiefbauamt mit der Software bereits gearbeitet hat, diese Software aber für alle Ämter die bauausschreibend sind, erweitert werden soll. Außerdem hat ARRIBA einen Zugang zu SAP.

Vors. Tollebeek fragt nach, wieviel denn durch den Einsatz der neuen Software eingespart wird.

Herr Schäfer weist darauf hin, dass die Bauleiter alles händisch berechnen müssen, wenn die Software nicht kommt und dadurch mehr Personal gebraucht wird. Das Tiefbauamt zahlt die Software außerdem aus dem eigenen Budget. Er weist außerdem darauf hin, dass das Hoch- und das Tiefbauamt 10 % Konso-Leistungen erbringen musste und man den Einsatz der neuen Software unterstützen sollte.

Vors. Tollebeek fragt erneut nach, warum denn in der Vorlage nicht drin steht, dass bei Nicht-Einführung der Software mehr Personal eingestellt werden müsste. Er erwartet für die Zukunft Vorlagen, die alle Fragen abdecken und teilt mit, dass das nächste Projekt, das nicht auf Einsparpotentiale eingeht, durch den Ausschuss nicht genehmigt wird.

einstimmig

### **0121 06-V-67-0037** Genehmigung von außerplanmäßigen bzw. überplanmäßigen Ausgaben für das Bauprogramm Kinderspielplätze in Wiesbaden und AKK 2004/2005

Die zuständige Dezernentin ist im Ausschuss nicht anwesend, so dass Rückfragen zu der Vorlage nicht beantwortet werden können.

Frau Stadträtin Thies wird über die Geschäftsstelle Bedauern ausgedrückt werden, dass Fragen nicht geklärt werden konnten.

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

einstimmig

### **0122 06-V-70-0010**

Jahresabschluss 2005 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses;  
Ergebnisverwendung

Stv. Oschmann stellt fest, dass der Bericht Licht und Schatten aufweist. Einige Spartenergebnisse sind positiv zu bewerten, andere nicht.

Herr Wack erklärt, dass das erwartete Ergebnis in Bezug auf DSD Köln nicht ganz gehalten werden konnte. Die DSD-Aufträge wurden in 2005 neu ausgeschrieben.

Vors. Tollebeek fragt nach, wie sich der hohe Deckungsbeitrag zusammensetzt und was ein hoher Deckungsbeitrag nutzt, wenn dem ein negatives Ergebnis gegenübersteht.

Hierzu erklärt Herr Wack, dass es Fixkosten gäbe, die auf alle Einzelsparten verteilt werden.

Stv. Koch fragt nach dem eingeschränkten Bestätigungsvermerk über 33 Mio €

Herr Wack erklärt dazu, dass dies aus den 90-er Jahren herrührt. ELW wurde 1996 ausgegliedert. Die Deponie bekam damals z.B. einen eingeschränkten Vermerk – dies wurde auch so in Kauf genommen.

Nach dem geringen Reklamationsgrad fragt Stv. Gretz-Roth und möchte die Definition der Quote wissen.

Herr Wack berichtet, dass jede Reklamation erfasst wird; es wird auch eine Statistik geführt. 90 % der Reklamationen betreffen die Reinigungsklassen B und C, d.h., hier werden Gebiete reklamiert, die gar nicht von ELW gereinigt werden. Hier sind die Anwohner für die Gehwege zuständig, ELW nur für die Straße.

ELW muss aber z.B. "Reste" nach der Leerung der Abfallbehälter beseitigen, z.B., wenn aus den Bioabfällen Flüssigkeiten ausgelaufen sind.

Stv. Maaß bittet darum, dass der Sternenhof in Delkenheim bedient wird. Dort würde auf dem Gelände zwar gedreht, der Müll werde aber nicht mitgenommen.

Enth. SPD

### **0123 06-V-70-0012**

Mittelfristplanung 2008-2010 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Stv. Reiß fragt nach der Vorstellung von Einsparpotentialen.

Herr Wack berichtet, dass man permanent dabei sei, Optimierungsprozesse anzustoßen. Bei Führungskräften könnte evtl. ein gewisse Betriebsblindheit auftreten.

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Es wird nach kurzer Diskussion Wert darauf gelegt, die Vorlage komplett zu beschließen. Der Zusatz, der im Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit beschlossen wurde, ist rechtlich nicht haltbar.

Vors. Tollebeek fragt nach, ob eine externe Beratung notwendig ist.  
Bei der Straßenreinigungssatzung habe man gute Erfahrungen damit gemacht.

gegen BLW

**0124**      **06-V-80-6003**  
Dienstanweisung für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen (DVL); Aufhebung der Befristung gem. Nr. 4 des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0471 vom 17.11.2005

einstimmig

**0125**      **06-V-82-0005**  
Feststellung des Jahresabschlusses 2005 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Herr Goepfert (stellv. Leiter Kurbetriebe) ist für Rückfragen anwesend.

St. Reiß fragt nach Perspektiven für die Zukunft und möchte wissen, wieso sich Löhne und Gehälter nach unten entwickelt hätten.

Herr Goepfert berichtet, dass die Aufgaben auf andere Mitarbeiter verteilt wurden.

Stadtrat Bendel weist darauf hin, dass die Zuschüsse in früheren Jahren wesentlich höher waren. Die Kurbetriebe arbeiten seit Jahren mit festgeschriebenen Zuschüssen. Irgentwann werden Leistungen wegfallen müssen, weil man nicht mehr optimieren kann.

Vors. Tollebeek berichtet, dass die Kurbetriebe darunter leiden, dass viele Aufgaben aus dem politischen Bereich auf sie zukommen. Dieser Zuschnitt ist aber so gewollt. Man würde auch von der Feuerwehr nicht erwarten, dass sie Gewinne erziele.

Er könnte sich eine evtl. externe Beratung hinsichtlich der Optimierung der Auslastungsquote anbieten.

Er fragt nach den Erlösen und Besucherprognosen von Kaiser-Friedrich-Therme und dem Thermalbad Aukamm.

Herr Goepfert klärt über die Verkäufe von Karten, die in unterschiedlichen Jahren "abgebadet" wurde, auf.

Die hohen Energiekosten haben ein Übriges dazu getan, dass die Kosten explodiert sind, wobei die Kostenentwicklung hier nicht vorhersehbar war.

Außerdem ist eine Besucherabwanderung aus der Kaiser-Friedrich-Therme ins Thermalbad festzustellen.

Stadtrat Bendel weist darauf hin, dass man versucht, gegenzusteuern. Aber gerade bei den Verträgen für das Personal sei man total unflexibel und müsse auf das Auslaufen der Verträge warten.

## Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Auf Nachfragen bestätigt Herr Goepfert, dass die Besucherzahl um 40 % hinter der Prognose für das Kaiser-Friedrich-Bad zurück geblieben ist.

Auch die Auslastung des Thermalbades ist rückläufig. Hier hatte man auf eine größere Akzeptanz bei Familien gebaut (die auch eingetreten ist), aber dadurch teilweise ältere Badbesucher verloren.

Auch für 2006 kann man von einem Rückgang der Besucherzahlen ausgehen, wobei die genauen Zahlen noch nicht vorliegen.

Stv. Koch fragt nach den Erfahrungswerten aus dem Umland und ob die Bereiche Sauna und Badebereich im Thermalbad gleich gut/gleich schlecht ausgelastet sind.

Herr Goepfert bestätigt, dass Bäder im Umland z.T. günstige Preise anbieten und dadurch eine gewisse Abwanderung ausgelöst worden sein könnte. Der Sauna-Bereich hat nach der Sanierung einen größeren Zulauf erfahren. Man müsse auch berücksichtigen, dass durch Schließung von Kurkliniken die Besucherzahl in den Bädern allgemein rückläufig ist.

Stadtrat Bendel weist darauf hin, dass man mit 1.000 Besuchern pro Tag kalkuliert habe, aber auch durch Werbemaßnahmen nicht zu dieser Auslastung kam. Die Zuständigkeit für den Bäderbereich sei im Umbruch. Die Privatisierung des Weingutes habe ein positives Beispiel gegeben.

Folgender Verfahrensvorschlag (Analyse als erster Schritt zur Lösung) wird erarbeitet:

Bis zur Sommerpause soll eine Analyse der Betriebsleitung zu den rückläufigen Besucherzahlen erstellt und Handlungsoptionen erarbeitet werden.

Signifikante Einnahmeverbesserungen sollen für die Bereiche Thermalbad Aukamm und Kaiser-Friedrich-Therme erstellt und dem Ausschuss vorgelegt werden.

einstimmig

**0126 06-V-20-0063 + 0127 06-F-24-0008**  
Quartalsberichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen

einstimmig

**0128 06-F-01-0071**  
Seebühne am Kurparkweiher  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 08.08.2006 -

Stadtrat Bendel wird den schriftlichen Bericht im nächsten Sitzungszug vorlegen.

einstimmig

**0129 06-V-30-0010 + 0130 04-A-19-0009**  
Bericht zu den Versicherungsverhältnissen der Landeshauptstadt Wiesbaden mit  
Übersichtsblatt

Frau Pflugradt stellt den Bericht mittels Power-Point-Vortrag vor und steht für Nachfragen zur Verfügung.

## Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 29.11.2006

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Auf die Nachfrage von Stv. Koch, wieviel Honorar Frau Prof. Dr. Jost von der FH Wiesbaden bekommen hat, teilt Frau Pflugradt mit, dass sie 2/3 des ausgemachten Betrages erhalten habe.

Für bestimmte Bereiche gibt es spezielle Versicherungen:

Feuerversicherung KfZ	für spezielle Fahrzeuge
Leitungswasser Rathaus	einziges Gebäude mit dieser Versicherung wegen Thermalwasser
Haftpflicht	hier besser keine Selbstversicherung
Feuerversicherung	hier wird es eine schnelle Entscheidung geben

Die Prämien werden nach Werten ermittelt.

Stv. Klüssendorf fragt nach, ob man nicht Versicherungsfachleute für diese Aufgabe hätte, ob eine Teilung in gesetzliche und nicht-gesetzliche Versicherungen möglich ist. Außerdem möchte sie wissen, ob es möglich ist, Pakete versichern zu lassen, wie es große Firmen tun.

Stadtrat Grella weist darauf hin, dass die Stadt bereits große Versicherungspakete abgeschlossen hat, was aber zu einer eingeschränkten Flexibilität führt.

Frau Pflugradt hält es für sinnvoll, auch die Eigenbetriebe bei den Versicherungen der Stadt mit dazu zu nehmen.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Im 1.Quartal 2007 wird ein weiterer Bericht vorgelegt.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, . Januar 2007

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba